



FACTSHEET:

Zeitvorsorge - Das Generationenprojekt der BDP

Die BDP will während der Legislatur 2015 – 2019 ein [Generationenprojekt](#) realisieren, welches die Möglichkeit einer allgemeinen Dienstleistung mit einem Zeitvorsorgesystem kombiniert. Mit ihren Vorschlägen gibt die BDP eine Antwort auf eine der wohl wichtigsten demographischen Herausforderungen und stellt gesellschaftspolitische Weichen für künftige Generationen.

- **Die demographischen Herausforderungen in der Schweiz**

Die Schweiz belegt erfreulicherweise einen weltweiten Spitzenplatz in Bezug auf die Lebenserwartung. Zudem erfreuen sich immer mehr Menschen auch im fortgeschrittenen Alter einer guten Gesundheit. Diese demographische Entwicklung beinhaltet aber auch verschiedene Herausforderungen, die teilweise bereits vorhanden, teilweise absehbar sind. Als eigentliches Alter wird künftig die Lebensphase ab 80 Jahren verstanden werden. Heute sind rund 300'000 Menschen in der Schweiz über 80jährig; im Jahr 2050 dürften dies 600'000 – 700'000 Menschen sein. Parallel dazu wird sich die Altersgruppe der 60 – 80jährigen, die sich in der so genannten Nacherwerbsphase befindenden Menschen deutlich vergrössern. Bereits aus heutiger Sicht hat sich die Rentenbezugsdauer seit der Einführung der AHV fast verdoppelt.

Gleichzeitig mit dieser Entwicklung, insbesondere aufgrund der immer besseren gesundheitlichen Verfassung, verändert sich auch das Verhalten dieser Altersgruppen. Das Bedürfnis, auch im Rentenalter immer möglichst lange die individuellen Wohnformen aufrecht zu erhalten und damit den Übertritt in stationäre Einrichtungen zu verzögern, nimmt zu.

Die demographische Entwicklung bringt grossen Druck auf die verschiedenen Vorsorgesysteme und insbesondere auf deren nachhaltige Finanzierbarkeit. Dies betrifft nicht nur die klassische Altersvorsorge, sondern vor allem die Gesundheitskosten, die Pflegekosten und zunehmend die Betreuungskosten. Gleichzeitig verändern sich die traditionellen sozialen Netze.

- **Eine allgemeine Dienstleistung mit Zeitvorsorgesystem als nachhaltige Lösung**

Eine massgebliche Frage der Zukunft wird deshalb sein, wie die verschiedenen Betreuungsbedürfnisse unterschiedlicher Altersgruppen abgedeckt werden und wer dies gewährleistet.

Die BDP schlägt dazu eine Lösung vor, welche die verschiedenen Generationen in ihren verschiedenen Lebenszyklen miteinbezieht. Als Basis dazu dient ein Zeitvorsorgesystem, welches die Leistungserbringer mit Zeitgutschriften honoriert, die sie später für ihre eigenen Betreuungsbedürfnisse einlösen können.

So sollen Menschen in der so genannten Nacherwerbsphase (60+) die Möglichkeit erhalten, soziale Verantwortung zu übernehmen, indem sie ältere Personen (80+) bei der praktischen Alltagsbewältigung unterstützen. Gleichzeitig soll aber auch die junge Generation miteinbezogen werden, indem die Möglichkeit einer allgemeinen Dienstleistung geschaffen wird. Damit wird vor allem denjenigen jungen Menschen in der Schweiz, welche nicht von der Wehrpflicht betroffen sind (Frauen,

ausländische Personen), eine Chance geboten, sich für einen bestimmten Zeitraum zugunsten der Gesellschaft zu engagieren.

Die künftigen Leistungserbringer stammen also insbesondere aus zwei Altersgruppen. Einerseits aktive Rentnerinnen und Rentner, die gerne einen Teil ihrer Zeit für die Betreuung älterer Mitmenschen einsetzen und gleichzeitig Zeitgutschriften für sich selber erwirtschaften. Und andererseits Vertreterinnen und Vertreter einer jungen Generation, die – zum Beispiel vor Beginn der beruflichen Laufbahn – eine bestimmte Zeit in ein soziales Engagement investieren wollen.

- **Ein Anreizsystem zur Übernahme sozialer Verantwortung**

Mit den unterschiedlichen Gruppen von möglichen Leistungserbringern wird nicht nur ein soziales Netzwerk aus verschiedenen Generationen geschaffen, sondern es können auch unterschiedliche Bedürfnisse – insbesondere in Bezug auf das zeitliche Engagement und dessen Regelmässigkeit – abgedeckt werden. Sämtliche Leistungserbringer haben einen Anreiz im Zeitvorsorgesystem, da die erwirtschafteten Zeitgutschriften später für eigene Bedürfnisse von Wert sind.

Dass bei einem längeren Engagement der jungen Generation der Erwerbsausfall wie bei der Wehrpflicht ebenfalls entschädigt wird, ist ebenso sinnvoll wie die Tatsache, dass auch Wehrdienstleistende künftig zusätzlich mit Zeitgutschriften entschädigt werden sollen. Da die allgemeine Dienstleistung einen Personenkreis erschliesst, der nicht von der Wehrdienstpflicht erfasst ist, wird diese richtigerweise nicht konkurrenziert. Im Gegenteil, mit den zusätzlichen Zeitgutschriften erfährt sie sogar eine Aufwertung und damit eine zusätzliche Anerkennung als Dienst an der Gesellschaft.

Den Leistungsbezügern wird eine möglichst lange Aufrechterhaltung der individuellen Wohn- und Mobilitätsbedürfnisse ermöglicht. Ebenso entstehen gesellschaftlich äusserst wertvolle soziale Netzwerke und Begegnungen. Im Gesamtsystem kann so ein massiver Anstieg der Betreuungskosten verhindert werden.

- **Subsidiarität im Vordergrund, staatliche Koordination im Hintergrund**

Während die öffentliche Hand von der Finanzierung steigender Betreuungskosten spürbar entlastet wird, ist sie hingegen in Bezug auf die Rahmenbedingungen, Organisation und Administration gefragt. So muss der Gesetzgeber insbesondere einen Leistungskatalog definieren und die Organisationen sowie deren Rollen bestimmen, welche rund um dieses Zeitvorsorgesystem entstehen werden. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass verschiedene bereits bestehende Organisationen (z. B. Spitex, Alters- und Pflegeheime, Pro Senectute usw.) durchaus in der Lage und willens sind, hier eine aktive/koordinierende Rolle zu übernehmen, so dass sich der Staat auf die regulative Aufgabe beschränken kann. Ebenso kann dem Grundsatz der Subsidiarität sehr gut Rechnung getragen werden.

In Bezug auf die Zeitvorsorge entstehen administrative Herausforderungen, welche beispielsweise die Schaffung von individuellen Sozialkonti erfordert. Auch hier sind bestehende Organisationen - namentlich die AHV - naheliegende Lösungen. Ferner sind die Regeln rund um diese Sozialkonti zu definieren, welche beispielsweise die Fragen nach Saldierung, maximalen Gutschriften sowie nach Verboten von Umtausch- oder Handelsmöglichkeiten beantworten.

Die BDP hat dieses Generationenprojekt als nationale Reform lanciert und im September 2015 eine entsprechende [parlamentarische Initiative](#) eingereicht.